**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2021

Editorial : Die liechtensteinische Verfassung – einzigartig und doch vergleichbar

Neier, Christina ; Schiess Rütimann, Patricia M ; Hoch, Hilmar

Abstract: Das Editorial leitet in das Themenheft ein, das dem 100. Geburtstag der liechtensteinischen Verfassung gewidmet ist.

DOI: <https://doi.org/10.33196/zoer202104114701>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-211304>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Neier, Christina; Schiess Rütimann, Patricia M; Hoch, Hilmar (2021). Editorial : Die liechtensteinische Verfassung – einzigartig und doch vergleichbar. Zeitschrift für öffentliches Recht (ZöR), 76(4):1147-1149.

DOI: <https://doi.org/10.33196/zoer202104114701>

Editorial

Die liechtensteinische Verfassung – einzigartig und doch vergleichbar

Die Verfassung des Fürstentums Liechtenstein (LV) feierte am 05.10.2021 ihr 100-jähriges Bestehen. Damit ist sie nur ein Jahr und vier Tage jünger als die österreichische Verfassung, die ihren 100. Geburtstag am 01.10.2020 feiern konnte. Dass das stolze Alter von 100 Jahren nicht nur bei Menschen, sondern auch bei Verfassungen ein Grund zum Feiern ist, belegen die zahlreichen Jubiläumsanlässe hier und dort. Auch das Liechtenstein-Institut mit Sitz in Gamprin-Bendern (FL) nahm das Jubiläumsjahr zum Anlass, mit einer (rechts-)historischen Vortragsreihe sowie einer Podiumsdiskussion das Werden und den Inhalt der Verfassung in den Blickpunkt zu rücken, gehört doch das liechtensteinische Verfassungsrecht seit der Gründung des Liechtenstein-Instituts im Jahr 1986 zu seinen Forschungsthemen,¹ überdies ist es Herausgeber des Onlinekommentars zur liechtensteinischen Verfassung verfassung.li.² Am 18.06.2021 lud das Liechtenstein-Institut überdies zu einem rechtswissenschaftlichen Kolloquium nach Vaduz. Da die Verfassung Liechtensteins von Einflüssen der österreichischen und der schweizerischen Verfassung geprägt ist, drängen sich für ihre wissenschaftliche Durchdringung rechtsvergleichende Untersuchungen auf. Sechs Verfassungsrechtsexpert*innen aus Liechtenstein, Österreich und der Schweiz legten dar, dass die liechtensteinische Verfassung zwar einzigartig, aber doch vergleichbar ist. In diesem Sonderheft werden ihre Beiträge sowie der Vortrag von *Cyrus Beck* zum Einfluss der Konstitutionellen Verfassung von 1862 auf ihre Nachfolgerin von 1921 (siehe 1151) für die Öffentlichkeit im In- und Ausland zugänglich gemacht.

Die Verfassung Liechtensteins ist jenseits der Landesgrenzen mitunter nicht in aller Bewusstheit. Daher sollen hier drei ihrer Charakteristika hervorgehoben werden.

Erstens ist das liechtensteinische Verfassungsrecht – im Gegensatz zu jenem Österreichs, aber in Gleichklang mit jenem der Schweiz und Deutschlands – in einer geschlossenen Verfassungsurkunde niedergelegt. Als solche bildet sie in konziser und klarer Form die Grundordnung Liechtensteins ab. Die Verfassung enthält in den ersten

¹ Siehe insbesondere Gerard Batliner (Hg), Die liechtensteinische Verfassung 1921. Elemente der staatlichen Organisation. LPS 21 (1994); Herbert Wille (Hg), Verfassungsgerichtsbarkeit im Fürstentum Liechtenstein. 75 Jahre Staatsgerichtshof. LPS 32 (2001); *ders.*, Die liechtensteinische Staatsordnung. Verfassungsgeschichtliche Grundlagen und oberste Organe. LPS 57 (2015).

² <<https://verfassung.li/Verfassung.li>> (28.10.2021).

drei Hauptstücken Bestimmungen über die Staatsform und die Staatsaufgaben. Auf die Staatsaufgabe Sicherheit fokussiert die Untersuchung von *Patricia M. Schiess Rütimann* (siehe 1291). Sie erörtert dabei nicht zuletzt auch Liechtensteins Zusammenarbeit mit seinen beiden Nachbarn.

Die anschließenden Hauptstücke der Verfassung beschlagen die Grundrechte, Kompetenzen und Zusammensetzung der Staatsorgane sowie die Gemeinden. Dabei verpflichtet sie zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Wie die vergleichende Analyse von *Anna Gamper* zeigt (siehe 1167), befindet sich die liechtensteinische Verfassung damit sowohl auf europäischer als auch auf globaler Ebene in guter Gesellschaft.

Die zentrale verfassungsrechtliche Frage in den europäischen Monarchien ist diejenige nach dem Verhältnis von Monarch und Volk, also nach dem „Sitz der Staatsgewalt“, wie es *Anna Gamper* in ihrem Beitrag nennt. *Luc Heuschling* greift die Frage in seinem Aufsatz in rechtsvergleichender und rechtshistorischer Perspektive auf (siehe 1241). Er untersucht, inwieweit die Monarch*innen und ihre engsten Angehörigen selbst demokratische Rechte ausüben dürfen,³ und stellt damit den unterschiedlichen Umgang mit den demokratischen Strömungen in den verschiedenen Monarchien dar. In der liechtensteinischen Verfassung wird gleich am Anfang, nämlich in Art 2 LV, statuiert, dass das Fürstentum eine „konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage“ ist. Darin liegt das **zweite** und wichtigste **Charakteristikum** der liechtensteinischen Verfassung, nämlich in der Ausgestaltung der vom Fürsten und vom Volk geteilten Staatsgewalt. Da sind einerseits die Volksrechte, welche gerade für eine Monarchie außergewöhnlich weitgehende direkt-demokratische Rechte beinhalten. Ihnen steht andererseits das absolute Veto-recht des Fürsten gegen Gesetze gegenüber. Letzteres erfuhr mit der weitreichenden und umstrittenen von Fürst und Erbprinz initiierten Verfassungsreform im Jahr 2003 eine Präzisierung und tendenzielle Verschärfung, sodass nunmehr die Sanktion des Landesfürsten als verweigert gilt, wenn sie nicht innerhalb von sechs Monaten erfolgt. Die mit der Einführung dieser und weiterer Bestimmungen einhergehende Spaltung in der Gesellschaft ist bis heute spürbar, weshalb für die nahe Zukunft keine großen Änderungen an den organisatorischen Bestimmungen der liechtensteinischen Verfassung zu erwarten sind. Dass aber letztlich kein Staat darauf verzichten kann, sein Grundgesetz immer wieder kritisch zu prüfen, weil eine Verfassung nur dann Stabilität im Rechtsstaat garantieren kann, wenn sie flexibel bleibt, zeigt *Bernhard Waldmanns* Beitrag (siehe 1195).

Auf gesellschaftlich gefestigtem Boden steht demgegenüber der durch die Verfassung von 1921 geschaffene liechtensteinische Staatsgerichtshof. Die Verfassungsgerichtsbarkeit Liechtensteins ist, so das **dritte Merkmal** seiner Verfassung, aufgrund der Kompetenzen dieses spezialisierten Verfassungsgerichts geradezu umfassend; dies

³ Die Verwaltungsbeschwerdeinstanz (die Vorläuferin des Verwaltungsgerichtshofs VGH) am 12.11.2002 in VBl 2002/96, und anschließend der Staatsgerichtshof am 03.02.2003 in StGH 2002/73 (beide <www.gerichtsentscheide.li> [28.10.2021]), hatten die Frage zu beantworten, ob Fürst und Erbprinz zur Lancierung einer Volksinitiative legitimiert sind. In StGH 1993/8 (= LES 1993, 91 [97]), hatte der StGH die Abstimmungskampagne der Regierung und des Fürsten für die Annahme des EWR-Abkommens zu beurteilen. Hierbei bestätigte der StGH die Befugnis des Landesfürsten, sich vor einem „grundlegenden Urnengang“ an die Stimmberechtigten zu wenden, verlangte von ihm aber Zurückhaltung.

über zwei Jahrzehnte vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht. In organisatorischer und verfahrensrechtlicher Sicht wurde die Verfassungsgerichtsbarkeit ähnlich ausgestaltet wie kurz vorher in Österreich mit seinem ebenfalls spezialisierten Verfassungsgericht, dem Verfassungsgerichtshof. Dies unterscheidet den Staatsgerichtshof vom schweizerischen Bundesgericht. Es hinderte ihn jedoch nicht daran, von der schweizerischen und der deutschen Lehre und Rechtsprechung das materielle Grundrechtsverständnis zu übernehmen. Wie in der Schweiz steht die Beschwerde wegen der Verletzung verfassungsmäßiger Rechte gegen sämtliche Gerichtsurteile offen, unabhängig von ihrer Materie. *Hilmar Hochs* Untersuchung (siehe 1219) geht den verschiedenen Einflüssen bei der Schaffung des Staatsgerichtshofs im Rahmen der Verfassung von 1921 nach und prüft dabei, inwiefern sich in der Ausgestaltung der Verfassungsgerichtsbarkeit die Klein(st)staatlichkeit Liechtensteins spiegelt.

Der Staatsgerichtshof versteht sich durchweg als „Hüter der Verfassung“⁴, wobei er den Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers anzuerkennen weiß, ihm jedoch – seiner Aufgabe entsprechend – wo nötig die verfassungsrechtlichen Grenzen aufzeigt. Dabei greift der Staatsgerichtshof regelmäßig auch auf die Methode der Rechtsvergleichung zurück und nimmt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in den Blick. Dies offenbart etwa auch ein aktuelles Urteil, in welchem der Staatsgerichtshof das Verbot der Stiefkindadoption bei gleichgeschlechtlichen Paaren für verfassungswidrig erklärte.⁵

Wir hoffen, dass die Beiträge im vorliegenden Themenheft sowohl die Einzigartigkeit als auch die Vergleichbarkeit der liechtensteinischen Verfassung verdeutlichen, zu deren Sichtbarkeit beitragen und weitere Forschung anregen. Für die Möglichkeit, anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens ein Sonderheft zur liechtensteinischen Verfassung zu gestalten, bedanken wir uns bei der Herausgeberschaft der ZöR herzlich.

Zürich, Gamprin-Bendern, Vaduz, Oktober 2021

Christina Neier, Patricia M. Schiess Rütimann und Hilmar Hoch*

⁴ So etwa in StGH 1982/065; StGH 2007/118; StGH 2011/197; StGH 2014/061 (alle <www.gerichtsentscheide.li> [28.10.2021]).

⁵ StGH 2020/097 vom 10.05.2021 (<www.gerichtsentscheide.li> [28.10.2021]).

* Dr.ⁱⁿ iur. *Christina Neier*, Habilitandin, Universität Zürich, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Rämistrasse 74/18, 8001 Zürich, Schweiz, <christina.neier@rwi.uzh.ch>.

Prof. Dr. iur. *Patricia M. Schiess Rütimann*, Liechtenstein-Institut, St. Luziweg 2, 9487 Gamprin-Bendern, Liechtenstein, <patricia.schiess@liechtenstein-institut.li>.

Dr. iur. *Hilmar Hoch*, LL.M., Präsident des Staatsgerichtshofs des Fürstentums Liechtenstein, Peter-Kaiser-Platz 1, 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein, <praesident@stgh.li>.